

Energiepolitischen Blindflug beenden

Deutschland braucht Investitionen in Kraftwerke und Netzinfrastruktur

Die deutsche Energiepolitik befindet sich auf Kollisionskurs mit der Wirklichkeit. Seit nunmehr zehn Jahren bestimmen Ideologie und Öko-Fundamentalismus den energiepolitischen Kurs unseres Landes. Durch diese Verblendung, die im Kern auf der altlinken Überzeugung beruht, dass der Staat – also Politiker und Bürokraten – besser wissen, wie bestimmte Güter zu produzieren sind, als Unternehmen im Wettbewerb, sind nacheinander tragende Säulen der deutschen Energieversorgung zunächst von Rot-Grün und dann Rot-Schwarz angegriffen worden. Zunächst wurde die Kernenergie durch politisches Diktat als Erzeugungstechnologie ausgeschlossen. Nun ist die Kohleverstromung an der Reihe! Beide Erzeugungstechnologien produzieren gegenwärtig fast 100 % des deutschen Grundlaststroms! Dabei erhöht ein neues Kohlekraftwerk innerhalb des Emissionshandels die CO₂-Emission nicht, sondern verdrängt nur ineffiziente Emittenten. Gleichzeitig werden die Stromkunden in Deutschland mit immer höheren Steuern, Abgaben und Überwälzungskosten auf den Strompreis belastet, um bestimmte Erzeugungstechnologien in den Markt zu drücken.

Vor diesem Hintergrund wird es großen wie kleinen Energieerzeugungsunternehmen in Deutschland zunehmend unmöglich gemacht, in neue Kraftwerke zu investieren.

Unternehmen wie RWE und E.On investieren die in Deutschland erwirtschafteten Gewinne inzwischen lieber im Ausland. Ohne neue Kraftwerke wird sich aber im Industrieland Deutschland weder der Wettbewerb intensivieren können, noch ist die Versorgungssicherheit gewährleistet.

Wenn neben den Energieversorgungsunternehmen und renommierten Wirtschaftsforschungsinstituten inzwischen sogar die Deutsche Energieagentur (dena) vor einer Lücke in der deutschen Stromversorgung warnt, kann dies von der Politik nicht länger ignoriert werden.

Der FDP-Landesparteitag fordert daher die Bundesregierung auf, endlich ihrer Verantwortung für den Industriestandort Deutschland gerecht zu werden und verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen und Versorgungssicherheit zu setzen:

- > Deutschland braucht einen ausgewogenen Energiemix aus (sauberer) Kohle, Gas, erneuerbaren Energien und der Kernenergie.
- > Die Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken zur Produktion von Grundlaststrom ist dringend erforderlich.
- > Kraftwerke und Netze müssen in Deutschland wieder in weniger als zehn Jahren zu bauen sein. Hierzu ist das Planungsrecht auf allen Ebenen zu verschlanken.
- > Energie muss bezahlbar bleiben. Die staatliche Preistreiberei ist ebenso entschlossen zu bekämpfen wie der Missbrauch von Marktmacht durch Oligopolunternehmen.
- > Der Wettbewerb auf den Energiemärkten muss auch durch staatliche Eingriffe und Regulierung geschützt und – wo immer nötig – auch ermöglicht werden.
- > Der energiepolitische Instrumentenkasten muss dringend reduziert werden. Statt für jede Wunschtechnologie ein eigenes Gesetz zu schaffen, brauchen wir einen umfassenden Emissionshandel, um externe Kosten zu internalisieren.